

Haushaltsrede am 13.12.2016 der Linksfraktion im Kreistag Unna

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat, lb. Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste.

Durch eine um ca. 1,1 Mio. € höhere Wohngeldentlastung und einer Landschaftsumlage, die ca. 1,2 Mio. € niedriger ausfallen wird, sowie weiterer Etatverbesserungen kann die Zahllast der allgemeinen Kreisumlage um ca. 2,5 Mio. € gesenkt werden.

Diese Verbesserungen, und da sind wir uns wahrscheinlich alle einig, müssen 1 zu 1 an unsere Kommunen weitergegeben werden.

Da die Aufwendungen im vorliegenden Entwurf 4.323.957 € höher sind, als die Erträge, wird durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in gleicher Höhe der fiktive Haushaltsausgleich darstellbar.

Dies ist möglich, da der Ausgleichsrücklage von dem Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 6,5 Mio. € der maximal mögliche Betrag in Höhe von knapp 2 Mio. € zugeführt werden konnte.

Bei den Aufwendungen hat die Landschaftsumlage mit einem Betrag von 103,8 Mio. € erstmals den Spitzenplatz errungen.
Ich komme nicht umhin, mich mit wenigen Sätzen dazu zu äußern:

Der Aufschrei in den Landkreisen und kreisfreien Städten war westfalen-seitig gewaltig.
Gründe für die massive Erhöhung der Landschaftsumlage sind nicht hausgemacht, sondern sind 3 Gesetze:

1. Das am 1.7.2016 in Kraft getretene Inklusionsstärkungsgesetz
2. Das am 1.1.2017 in Kraft tretende Pflegestärkungsgesetz III und
3. Das wahrscheinlich am 1.1.2017 in Kraft tretende Bundesteilhabegesetz

Diese 3 großen, sich gegenseitig beeinflussende sozialpolitischen Gesetze beziehungsweise Gesetzesvorhaben prägten die massiven Erhöhungswünsche der LWL-Verwaltung.

Von diesen kann zumindest eines gesagt werden:

- Alle befürworten die neuen Gesetze.
- Alle gehen davon aus, dass sie zu höheren Kosten führen.
- Aber: niemand will sie finanzieren. Anders ausgedrückt: Es muss derjenige gefunden werden, der dem Bürger in die Tasche greift.

Es sind hier, wie der Kämmerer des LWL in seiner Haushaltsrede ausführte, erstaunliche Parallelen zu politisch gewollten Großbauprojekten wie die Elbphilharmonie oder dem neuen Berlin-Brandenburger Flughafen sichtbar.

Am Anfang werden die Auswirkungen kleingerechnet, auf dieser Grundlage werden politische Entscheidungen getroffen – und nachher stellt sich das Vorhaben viel, viel teurer dar, als am Anfang geschätzt. Und die Dummen, die zahlen dürfen, sind wir, die kommunale Familie, zu der unbestritten der LWL auch gehört

.
Das ist einfach der Nachteil, wenn man am Ende der sozialpolitischen Nahrungskette sitzt.

Herr Landrat, lb. Kolleginnen, lb. Kollegen, werte Gäste

Wie in jedem Jahr ist der Topf, trotz höherer Zuweisung des Landes, aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, zu klein

.
Und das bei kräftig sprudelnden Steuereinnahmen

.
Wie in jedem Jahr wird auch der Inhalt des Topfes, die Landkreise betreffend, ungerecht verteilt.

Von daher danken wir der Verwaltung, dass es ihr wiederum gelungen ist, einen handwerklich soliden Haushalt aufzustellen.

Auch, aber da sind uns die Gründe bekannt, wenn der Haushaltsausgleich nur fiktiv dargestellt wird

Und, wir wissen, dass die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aber auch einen Verzehr des Eigenkapitals bedeutet.

Bei aller Freude über die insgesamt guten Rahmenbedingungen besteht kein Anlass, in Euphorie zu verfallen.

Im Gegenteil, jetzt ist auch die Zeit, die zukünftigen Risiken nüchtern zu analysieren und Vorsorge zu treffen für schlechtere Zeiten. Diese werden früher oder später ganz sicher kommen.

Wir nennen hier steigende Zinsen und eine sich abschwächende Konjunktur.

Schlimm wäre es, wenn beides gleichzeitig eintreten würde.

Ein größeres Risiko als steigende Zinsen wäre für den Kreishaushalt ein Einbruch bei der Konjunktur.

Einerseits würde ein Konjunkturerinbruch die Gewerbesteuerereinnahmen unserer Kommunen einbrechen lassen und deren Leistungsfähigkeit auch im Hinblick auf die für uns finanzierungsentscheidende Kreisumlage deutlich reduzieren.

Andererseits ist sicher, dass im Falle eines Konjunkturerinbruchs die Arbeitslosenzahlen steigen, und in deren Folge auch unser Aufwand für Soziales.

Vor diesem Hintergrund hat die Linksfraktion, gemeinsam mit der Fraktion GFL/UWG, heute im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung den Antrag eingebracht, Fallmanager für zukünftig zusätzliche 1050 Integrationen einzustellen. Die Finanzierung kann über die ca. 13 Stellen, die derzeit beim Jobcenter einer Bewirtschaftungssperre unterliegen, erfolgen.

Zielgruppen für diese zusätzlichen Integrationen sind Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose über 25 Jahre und Langzeitarbeitslose der Gruppe 50 Jahre plus.

Herr Landrat, lb. Kolleginnen, lb. Kollegen, werte Gäste,

jede Fraktion oder Gruppe des Kreistages hat eine andere Prioritätenliste, sei es, dass bei einer die Höhe der Kreisumlage ganz oben steht, bei einer anderen die wirkungsorientierte Steuerung usw.

Bei uns als Linksfraktion steht ganz oben immer noch der Mensch.

Wir sind überzeugt davon, dass, wenn wir mehr Menschen in Arbeit bekommen, und ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, wir am Ende den Kommunen mehr helfen, als die Kreisumlage um vielleicht 0,1 oder 0,2 Prozentpunkte zu senken.

Von daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

Mehr als erstaunt sind wir wieder über die Reaktion der sogenannten Großen, der Kooperationsgemeinschaft SPD/CDU.

Nachdem unser Antrag eingegangen ist, schiebt diese einige Tage später, einen ähnlichen Antrag hinterher.

Das erinnert uns an die letzte Haushaltssitzung im vergangenen Dezember.

Nachdem damals die Fraktion Bündnis90/Die Grünen gemeinsam mit uns einen Antrag stellten, den Preis für das Sozialticket aus den bekannten Gründen zu senken, kam 1 Tag vor der Kreistagssitzung der Antrag dieser Kooperationsgemeinschaft, die Beschlüsse über die weitere Ausgestaltung des Sozialtickets in 2016 zu fassen.

Und, sind solche Beschlüsse in diesem Jahr gefasst worden? Nein, sind sie nicht.

Dies bestätigt uns, was in den letztjährigen Haushaltsreden von Grünen und GFL/UWG gesagt wurde, tatsächlich so ist:

CDU- und SPDfraktion sind sich einig, keinen Antrag der sogenannten Kleinen durchgehen zu lassen.

Dies ist für uns ein Demokratieverständnis, welches, gelinde ausgedrückt, nicht nachvollziehbar ist

.

Wir haben keine Probleme damit, einem Antrag zuzustimmen, egal von wem er kommt, wenn er den Menschen in unserem Kreis dienlich ist. Wir stellen schnöde Parteipolitik nicht über das Interesse unserer Bevölkerung.

In ihrer Haushaltsrede 2016 sagte Brigitte Cziehso, ich zitiere:

„ Alle Fraktionen und Gruppen im Kreistag tragen hier Verantwortung und sind herzlich eingeladen zu einer offenen und fairen Zusammenarbeit.

In vielen Gesprächen mit Gruppen und Fraktionen ist mir die Bereitschaft zu einer Mitarbeit im Sinne der Sache begegnet.

Das finde ich nicht selbstverständlich und bedanke mich deshalb ausdrücklich dafür.“ Zitat Ende

Heute, ein Jahr später stellen wir, und nicht nur wir, fest.
Worte, nichts als Worte. Traurig, aber wahr.

Herr Landrat, lb. Kolleginnen und Kollegen, wertete Gäste.

Die Linksfraktion stimmt dem vorliegenden Haushalt zu.
Zum Schluss sage ich im Namen meiner Fraktion Danke an alle, die
an dem Haushaltsentwurf mitgearbeitet haben.

Ihnen allen wünschen wir noch eine besinnliche Restadventszeit,
frohe Weihnachten und ein an Ihren Wünschen orientiertes Jahr
2017.

Den beiden sogenannten großen Fraktionen wünschen wir die
Erkenntnis, dass ein Miteinander immer besser ist, als ein
Gegeneinander. Möge die Erleuchtung in 2017 über Euch kommen.

Glück auf